

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 17 (1927)
Heft: 8
Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stille hütete seinen Schlaf. Zwei grau-
bestäubte Nachtfalter spielten um das
zuckende Ampellicht.

Carlo stand und sann...

Als Maria zurückkehrte, neigte sie
dankend den feinen Kopf und sagte
nur:

„Wußte ich's doch, daß mein Kind
in deiner Obhut wohlgeborgen sei.“

Da bog Carlo seine starren Knie
und brach in die zitternden Worte aus:
„O du gütiges Wunder!“

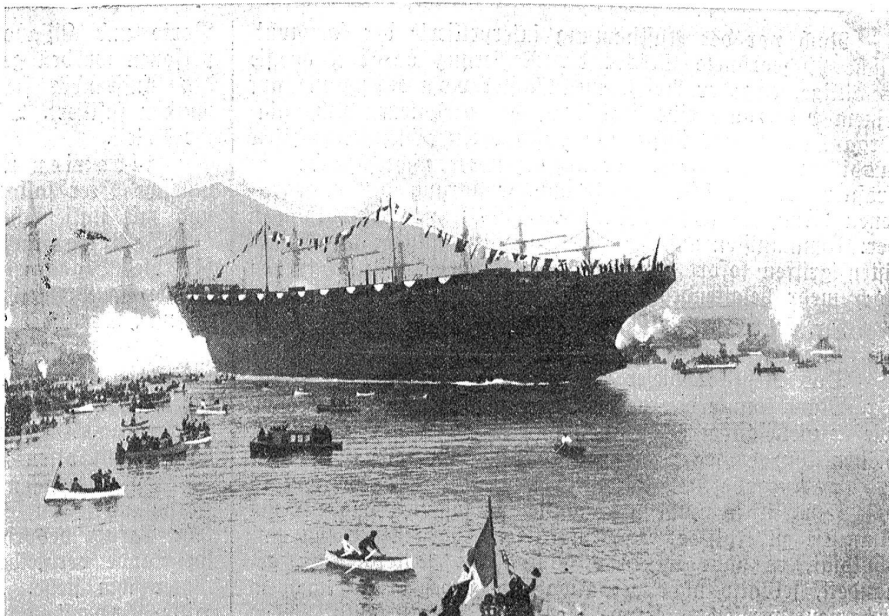
Dann verließ er taumelnd die Kirche.
Vor der Türe fand er Antonio seiner
harrend.

„Wo hast du nun das Kreuz?“

Carlo sah ihm wie von fernher ins
Gesicht:

„Kreuz? Welches Kreuz? Es war
ja ein großes, leuchtendes Herz!“

Er schwieg mit verzückt geweiteten
Augen und verlor sich dann, wie ein
Nachtwandler achlos an Antonio vor-
überschreitend, in dem Gewirr der hell-
schimmernden Straßen.



Das italienische Luxusmotorboot „Augustus“, das größte Motorschiff der Welt, 216 m lang, 25 m breit und 68 m hoch, 3000 Passagiere fassend, beim Stappellauf in Sestri Ponente bei Genua.

Aus der politischen Woche.*)

Das Debut der neuen Regierung Dr. Marx.

Die unter schmerzlichen Geburtswehen zustandegekommene Rechtsregierung hat sich dem Reichstag vorgestellt, zuerst persönlich, dann als Programm, und sie hat auch schon — und zwar überraschenderweise — ein gutes Vertrauensvotum erhalten. Dieses Vertrauensvotum mit 235 gegen 174 Stimmen hat deshalb überrascht, weil ihm parlamentarische Auseinandersetzungen vorangegangen sind, die allgemein als Niederlagen der Regierung empfunden wurden.

Dr. Marx' Regierungserklärung war das erwartete unumwundene, ja prononcierte Bekenntnis zur Republik und zur Weimarer Verfassung. Alle Putschversuche — so erklärte Marx — werde seine Regierung als Hochverrat ahnden, die Reichswehr solle entpolitisiert werden, d. h. jedem Bürger, gleichviel welcher politischer Gesinnung, solle die Türe zur Reichswehr offen stehen. Die Außenpolitik werde die bisher eingehaltene Richtlinie der Verständigung mit den ehemaligen Feinden unentwegt weiterverfolgen und die geschlossenen Verträge halten. Ueber diese Punkte sei das ganze Kabinett einmütig. Als nächste Zukunftsaufgabe der deutschen Außenpolitik bezeichnete Marx die Räumung der Rheinlande von fremden Besatzungen. Auf die Innenpolitik übergehend, versprach der Reichskanzler die Förderung des Wohnungsbaues, den Ausbau des Versicherungswesens und, was die Linksparteien besonders interessieren mußte, er sprach die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens (Achtstundentag) bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer aus. Was dieser letzte Punkt anbetrifft, so ist die Situation nun die, daß Frankreich und Deutschland sich für die Ratifikation unter gegenseitiger Garantie ausgesprochen haben; jetzt haben noch England und Italien die gleiche Erklärung abzugeben, und dann kann endlich diese größte soziale Erbschaft der Weltkriegsära unter sicheres Dach gebracht werden. — Frankreich hat das Washingtoner Abkommen inzwischen ratifiziert.

Dann kam die große Ueberraschung des Tages. Der deutschnationalen Graf Westarp gab als Regierungsmitglied die Erklärung ab, seine Freunde hätten wohl in sachlicher und persönlicher Beziehung jedes Opfer gebracht,

aber das Opfer ihrer Ueberzeugung, eine Preisgabe ihrer grundsätzlichen Einstellung und ihrer programmatischen Linie seien von ihnen nicht zugestanden worden. Mit andern Worten: Marx mag reden, wir werden ihn nicht hindern, aber wir behalten uns unsere Meinung vor.

Das ganze Haus, außer der eingeweihten Rechten, war von dieser Erklärung peinlich überrascht. Wer hatte nun geflunkert: Marx, der die Zustimmung des ganzen Kabinetts zu seinem Programm betonte, oder der Führer der Deutschnationalen, der sie negierte? Jedenfalls war die Zwiespältigkeit dieses republikanischen Kabinetts mit seinen vier Monarchisten klar zum Ausdruck gekommen. Diese Zwiespältigkeit war schon vor dieser Debatte im Reichstag zu Tage getreten; als nämlich die neue Regierung die Frage der Ostfestungen erledigen sollte, dispensierten sich die deutschnationalen Minister. Sie nahmen also an dem Beschlusse der Regierung betreffend Zerstörung der Befestigungsanlagen Glogau bei Küstrin und Königsberg, der den Schlußpunkt setzen sollte unter die langen Verhandlungen, nicht teil. Wohl darum nicht, um später sagen zu können, sie hätten sich nicht gebunden. Tatsächlich drückte sich Graf Westarp neulich in seiner Rede vor Berliner Studenten in diesem Sinne aus.

Die sozialdemokratische Fraktion reichte darum eine Interpellation ein, die Aufschluß verlangt über die Verantwortlichkeit für diesen Beschluß.

Die Debatten gingen folgenden Tags im Reichstage weiter. Der Zentrumsabgeordnete Guézard und der Demokrat Koch griffen Graf Westarp wegen seiner Rede an und forderten ihn zu näheren Erklärungen auf. Westarp gab daraufhin unter allgemeiner Spannung kund, daß seine Partei die Politik der Revanche aufgegeben hätte, die angesichts der Wehrlosigkeit Deutschlands ohnehin völlig aussichtslos sei. Am Kabinettsbeschluß über die Ostfestungen und das Kriegsgerät hätte sich seine Fraktion deswegen nicht beteiligt, weil die deutschnationalen Minister entweder noch nicht ernannt waren oder ihre Aemter noch nicht angetreten hätten. Selbstverständlich seien sie nun als Kabinettsmitglieder bereit, den Beschluß durchzuführen.

Inzwischen waren ein gegen den Reichskanzler Dr. Marx, den Außenminister Dr. Stresemann und den Finanzminister Dr. Köhler gerichteter Mißtrauensantrag der Völkischen und ein Antrag der Kommunisten für Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eingebracht worden.

*) Greift auf die vorhergehende Woche zurück.

Noch vor der Abstimmung interpellierte der kommunistische Abgeordnete Stöcker die Regierung darüber, ob sie es billige, daß der Reichsinnenminister von Reudell auf seinem Rittergute eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherberge und durch einen Reichswehroffizier ausbilden lasse. Die darauffolgende nichtsagende in größter Verlegenheit vorgebrachte Erklärung des angegriffenen Ministers ließ erkennen, daß die krassen Enthüllungen der Kommunisten auf Tatsachen beruhen müssen; die Sozialisten griffen sofort den Fall von Reudell auf und trugen noch mehr belastendes Material zusammen.

Dr. Marx steckte sichtlich in Verlegenheit. Er versprach, die Angelegenheit persönlich untersuchen zu wollen.

Das Resultat dieser Untersuchung war das erwartete. Dr. Marx konnte den neuen Innenminister nicht ausschiffen, wie er vielleicht gerne gemocht hätte. Die Deutschnationalen hielten ihn; es wäre zur neuen Krise gekommen. So war es die Aufgabe des Ministerpräsidenten, das Verschulden von Reudells so milde als möglich darzustellen und für ihn Amnestie zu erbitten. Nach dem der Angegriffene sich entschuldigt, er habe im Rapp-Busch als Untergebener gehandelt, sei also nicht verantwortlich gewesen und nachdem er erneut versichert, er werde künftig zur Republik stehen und ihre Gesetze achten — wie hätte er sonst als Innenminister über die Ausführung der Gesetze wachen können — erteilte ihm der Reichstag die erbetene Absolution mit 217 gegen 171 Stimmen.

Der Fall von Reudell ist also erledigt. Die Deutschnationalen haben dabei entschieden schlechte Figur gemacht. Aber die Zentrumsleute, die ihr Spiel spielen mußten, nicht minder. Es verlautet, daß dabei zwischen den beiden Parteien ein kleiner Ruhhandel zustande gekommen sei: das Zentrum erwirkte von den Deutschnationalen die Zusicherung loyaler Haltung gegenüber dem Dissidenten Dr. Wirth, der in Opposition steht gegen das Kabinett, trotzdem er dem Zentrum angehört. Man möchte Dr. Wirth so weit als möglich entgegenkommen, damit er nicht aus der Partei austritt und mit seinen Freunden eine neue republikanische Partei bildet, wie er angedroht hat.

Dr. Stresemann ist nach umständlicher publizistischer Vorbereitung mit 14 Mann Begleitung nach San Remo an der Riviera di Ponente abgereist. Zuerst wurde das Geht-er oder Geht-er-nicht, dann die Zusammenkünfte mit Briand und Mussolini erörtert. Daß der deutsche Außenminister seinem Kabinett gerne ein Reisegeßel heimbrächte — z. B. eine Abmachung mit Briand über die beschleunigte Räumung der Rheingegend — war deutlich herauszuspüren. Daß ihm die Nähe Mussolinis dabei willkommen ist, liegt auf der Hand.

Agressiver geht die deutsche Politik gegen Polen vor. Sie bricht jäh die Unterhandlungen in Sachen des neuen Handelsvertrages ab mit Hinweis auf die Ausweisungen deutscher Arbeiter aus Polen, denen die Polen ihrerseits die 25,000 aus Deutschland ausgewiesenen Polen entgegenhalten. Ein regelrechter Handelskrieg ist in Sicht. Deutschland glaubt, der stärkere Teil zu sein, da die deutsche Ausfuhr nach Polen nur 4 vom Hundert, die polnische nach Deutschland aber 40 Prozent betrage. Die polnische Presse traut der neuen deutschen Regierung das Schlimmste zu. Man spricht bereits von einer „deutsch-polnischen Spannung“. Die deutsche Links-Opposition demonstriert schon gegen diese deutsch-nationale Provokation, die sich außenpolitisch nur negativ auswirken könne. So ist wohl dafür gesorgt, daß die deutsch-nationalen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

In Portugal ist wieder einmal eine Revolution ausgebrochen, aber bereits niedergeschlagen. Diesmal ging es indessen sehr viel blutiger zu als bei früheren „Revolutionen“. Die angegriffene Diktatur des Generals Carmona hat sich mit Brandbomben mitten in die Städte

Borto und Lissabon hinein behauptet. Über 100 Zivilpersonen wurden getötet, Hunderte verwundet. Die Führer des Aufstandes fielen oder nahmen sich das Leben oder wurden fusilliert. Die meuternden Truppen warten noch auf ihr Urteil.

Albanien wird durch Italien militarisiert. Das albanische Heer soll unter der Leitung italienischer Offiziere und mit italienischem Gelde reorganisiert werden.

In Ungarn hat eine gut organisierte Volksbewegung für die Begnadigung der Frankenfälscher eingesetzt. Die Regierung Bethlens wird sich kaum lange dagegen sträuben, diesem „Druck der Volksmeinung“ Folge zu leisten.

Die Tschechoslowakei ist, nach einem außenpolitischen Exposé Dr. Benešs zu urteilen, im Begriffe, sich neu zu orientieren. Sie strebt eine Verständigung mit Ungarn an. Die gegenwärtige Schwäche der Kleinen Entente wird damit offen zugegeben.

Aus Rumänien verlautet, daß der totkranke König Ferdinand seinen Sohn zu lehen wünscht und daß die Rückkehr Carols bevorstehe; wahrscheinlich werde er dann auch im Lande verbleiben, da die Bauernpartei nach wie vor hinter ihm stehe. Die Königin möchte mit amerikanischer Hilfe Kronstadt, das jetzt im Herzen Rumäniens liegt, zur neuen glänzenden Hauptstadt ausbauen lassen.

In Jugoslawien hat Uzonowitsch sein sechstes Kabinett gebildet. Die ausgeschifften Minister der Raditschpartei sind darin durch Anhänger Paschitschs und durch slowenische Katholiken ersetzt.

Die Wirren in China dauern ungeschwächt an. Kanton zeigt sich neuerdings entgegenkommender; wohl unter dem Eindruck der vordringenden Nordarmee, die den Südhinesen bei Hankau eine große und siegreiche Schlacht geliefert hat. Zwischen Eugen Chen, dem chinesischen Außenminister, und D'Mallen, dem Wortführer der Engländer in China, ist ein Vertrag zustande gekommen, der die britische Konzession von Hankau wieder an England zurückgibt. Sie soll künftig wie die deutschen Konzessionen von gemischt britisch-chinesischen Behörden verwaltet werden.

Chamberlain hat sich im neueröffneten Parlament über China recht zuversichtlich ausgesprochen. Er schickte an den Völkerbund in Genf ein Memorandum, worin er die englische Politik in China aus der Notwendigkeit des Schutzes englischen Lebens rechtfertigt und sagt, daß England dem Völkerbund begrüßen werde, sobald sich dazu die Gelegenheit einstelle; bisher habe sich ein Anlaß dazu noch nicht ergeben.

Aus der Kinderstube.

Unser Hansjürg hat einen außergewöhnlich harten Kopf. Er ist halt in dieser Beziehung stark erblich belastet. Kürzlich hat ich ihn, doch die Stubentüre zu schließen: „Warum an?“ fragte er. „Das weißt du scho“, antwortete ich. Daraufhin setzte er sich in Bewegung. Aber unterwegs blieb er stehen. „Muetli, ich wett si halt lieber nid zuetue!“ Jetzt schaute ich ihn nur an. Er wand sich förmlich unter meinen Blicken, aber er blieb stehen. „Hansjürg!“ Da kugelten ihm die hellen Tränen über die Waden und bald schluchzte er bitterlich. Aber er rührte sich nicht vom Blase. Plötzlich kam ihm ein rettender Gedanke. „Muetterli, tue du d'Tür zu“, flehte er in den holdesten Tönen. Nun wurde ich energisch. Gleich ging Jürg auf meinen Ton ein. „Nei, ich säg es dem Vatti!“ drohte er und seine Augen bligten. Alles straffte sich an ihm. Unterdessen hatte ich meine Ruhe wieder gewonnen. „Also, verzell's du dem Vatter, mer wänd dänn luege, was er seit.“ Nun kam die Sinnesänderung. Sanft und sorgfältig schloß der Kleine die Türe. Dann holte er tief Atem, kam zu mir her, schmiegte sich an mich und fragte leise: „Häsch mi glich no lieb?“

Seither werden die Türen mit weit geringerem Kraftaufwand geschlossen. Rosa Heller-Läufer.